

Redebeitrag zu Top 3 sozialer Wohnungsbau , STVV 8.10.15, von Holger Klamand

Sehr geehrter Vorsitzender Uhde,
Sehr geehrte Damen und Herren,

der soziale Wohnungsbau ist ein wichtiges Thema, welches zukünftig noch mehr an Bedeutung gewinnen wird.

Viele der Sozialwohnungen in Bensheim sind inzwischen aus der Bindung herausgefallen und die Vorgänger Landesregierung hat auch die Fehlbelegungsabgabe abgeschafft.

Mit den letzten Mitteln dieser Abgabe in Höhe von 200.000,-- Euro finanziert die Stadt Bensheim derzeit den Neubau mit 12 Wohnungen in der Moselstraße. Aber das reicht nicht, das ist uns Grünen klar.

Bensheim ist eine attraktive Stadt, worüber wir uns freuen aber auf der anderen Seite steigen die Mieten und der Druck auf preisgünstige Wohnungen wird immer größer.

Die von der Landesregierung beschlossene Mietpreisbremse wird eine Erleichterung bringen, das Problem aber nicht grundsätzlich lösen.

Es gehört auch der Mietspiegel angepasst, damit den Bedürftigen mehr Förderung zukommen kann.

Land, Kreis und die Kommunen sind bei dem Problem sozialer Wohnungsbau alle gefragt.

Neubaugebiete am Stadtrand von Bensheim sind für uns Grüne nicht die Lösung. Die Infrastruktur ist hier teuer erst herzustellen und die Zersiedelung der Landschaft ist die Folge.

Wir Grüne sehen die Lösung viel mehr in der Nachverdichtung und Umwandlung im Stadtbereich, also in der Innenentwicklung, so wie wir es bei den Konversionsflächen der vergangenen Jahre schon gemacht haben.

Welche Flächen, wo und in welcher Größe und in welchem Zeitraum hier geeignet wären, um verstärkt den Sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, sind wichtige Informationen.

Der Antrag der BFB ist uns daher zu kurz gegriffen. Einfach 3 Flächen herauszupicken, die ohne eine Bewertung und einer Gesamtbetrachtung jetzt schon diskutiert werden sollen.

Bei der Rodensteinschule ist zum Beispiel bereits beschlossen worden, dass diese verkauft werden soll und im Änderungsantrag der Koalition heißt es unter anderem in Punkt 1:

Der Magistrat wird bei der Ausschreibung beauftragt, die Bereitschaft des Käufers zur Erstellung von kostengünstigen Mietwohnraum als wesentliches Zuschlagskriterium aufzunehmen.

Von daher lassen Sie uns die Angebote der Kaufinteressenten abwarten und sehen, wo hier dieses Ziel erreicht werden kann.

Der Antrag der BFB will schon den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Lassen sie den Magistrat zuerst eine Standortanalyse analog der Analyse Flüchtlingswohnheime erstellen. Mit dieser Übersicht als ersten Schritt haben wir eine gute Arbeitsgrundlage.

Daher werden wir den Antrag der BFB ablehnen und dem Antrag der SPD zustimmen.